



19.01.2013

Jade-Weser-Port Kritik an Trasse ärgert Bahninitiativen

Kritik der Bürgervereine „absurd“ – Grüne: Angebote zur Trassenplanung einholen

Die Bürgervereine hatten die Trasse als Gefahr bezeichnet. Die Initiativen sehen das anders.

[Thorsten Kuchta](#)

Oldenburg Absurd, inhaltlich falsch, längst widerlegt – die Reaktion der Bahnlärm-Initiativen auf die Fundamentalkritik an ihrer glasklaren Politik pro Umgehungsstrasse und der entsprechenden Ratsentscheidung fällt harsch aus. Wie berichtet, hatte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Stadtoldenburger Bürgervereine (Astob), Harald Götting, die kompromisslose Forderung nach einer Umgehungsstrasse als gefährlich für die Stadtentwicklung und den Lärmschutz an der bestehenden Trasse bezeichnet.

Lösung statt Gefahr

Die Initiativen-Vorsitzenden Christian Röhlig (IBO) und Gernot Strey (LiVe) bestreiten zunächst, dass Götting als Astob-Vorsitzender für alle Bürgervereine spreche. Zumindest Osternburg und Stadtmitte hätten sich bereits anders positioniert.

In Sachen Stadtentwicklung ist ihrer Ansicht nach die Umgehung keine Gefahr sondern die Lösung: Alle Kreuzungsprobleme der Strecke nach Wilhelmshaven wären auf einen Schlag gelöst, das Wohngebiet am Alten Stadthafen sofort ohne Lärmproblem zu realisieren.

Auch die Schlüsse, die Götting in Sachen Lärmschutz ziehe, seien falsch. Der Bau von Lärmschutzwänden werde durch die Forderung nach einer Umgehungsstrasse keineswegs gefährdet, so Röhlig und Strey. Sie würden zwingend gebaut werden müssen, wenn die Strecke elektrifiziert wird, weil das Gesetz sie bei jeder Neuplanung erzwingt – und die Elektrifizierung sei ein solcher Anlass.

Stadt würde entlastet

Zudem entlaste die Trasse die Stadt, die bei einem Ausbau der Stadtstrecke Millionen für die Neugestaltung der Straßen/Schienen-Kreuzungen ausgeben müsse, während eine Umgehung die Stadtkasse nicht belaste. Im übrigen hätte die Astob 2003 selbst die Einbeziehung einer neuen Bahntrasse in die Planungen gefordert.

Unbeeindruckt vom aktuellen Streit haben die Grünen den nächsten politischen Schritt für die Umgehungsstrassen-Planung eingeleitet. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten wollen sie die Verwaltung anweisen, Angebote zur Vorplanung einer Umgehungsstrasse an der A29 nach den Vorgaben des Ratsbeschlusses einzuholen.



Bahnlärm provoziert
Eiszeit



Anwohner fordern
Umgehungsstrasse



2 Monate nichts
zahlen



Richtfest für
Lärmschutz am

Leserkommentare (0)

© NWZonline [2012]

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Nordwest-Zeitung Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG